

Europäische Kommission, 2004: Environmental Technology Action Plan; http://europa.eu.int/comm/research/environment/etap_en.html

POST – Parliamentary Office of Science and Technology, 2004: Environmental policy and innovation. POST note 212, January 2004, London

Kontakt

Dr. Rolf Meyer
European Parliament
Scientific and Technological Options Assessment
Program (STOA)
STOA Secretariat / DG2
ASP 06D113
Rue Wiertz 60, B-1047 Bruxelles, Belgien
Tel.: +32 - 2 - 28 40 606
Fax: +32 - 2 - 28 44 980
E-Mail: romeyer@europarl.eu.int

»

Ein Meilenstein auf dem Weg zur Nachhaltigkeit: die „Informationsstelle Umweltforschung“

von Jürgen Kopfmüller, ITAS*

Vor dem Hintergrund des damals gesehenen forschungspolitischen Orientierungsbedarfs wurde Anfang 1990 auf Initiative des damaligen Bundesministeriums für Forschung und Technologie (BMFT) die „Informationsstelle Umweltforschung“ in AFAS eingerichtet. Zunächst auf zweieinhalb Jahren befristet und letztendlich auf eine Laufzeit von neun Jahren ausgedehnt, kam diesem Projekt und den involvierten MitarbeiterInnen quasi die Funktion einer externen Stabsstelle des Ministeriums mit besonderem Auftrag zu. Der vorliegende Beitrag skizziert die in dieser Zeit vollzogene Entwicklung des bearbeiteten Themenspektrums. Standen anfangs eher deskriptiv-statistische Arbeiten im Mittelpunkt, etwa zur Forschungsstatistik vor allem im Umweltbereich oder zur Erstellung entsprechender Informationssysteme, kamen mit der Zeit verstärkt konzeptionell-analytische Arbeiten hinzu, insbesondere zu den Themen Klimaforschung und -politik sowie nachhaltige Entwicklung. Soweit möglich, werden erkennbare kürzer- und längerfristige Wirkungen dieser Arbeiten, gerade was die Nachhaltigkeitsthematik angeht, benannt, sowohl in der institutsinternen Perspektive als auch nach außen.

1 Zum Entstehungshintergrund

Die 1970er und die 1980er Jahre waren u. a. durch zwei Phänomene geprägt: Zum einen wurde die Umweltthematik angesichts des gerade in den Nachkriegsjahrzehnten angehäuften Problemdrucks zunehmend Gegenstand der Forschung und fand auch entsprechenden Eingang in politisches Handeln als eigenständiges und in verschiedener Weise institutionalisiertes Themenfeld. Zum anderen zeigte sich, dass trotz mancher umweltpolitischer Erfolge viele Probleme ungelöst blieben oder sich trotz durchgeführter Maßnahmen noch verschärften, dass immer wieder neue Problemfelder hinzu kamen und dass eine wachsende Zahl von Problemen einen globalen Charakter aufwies, sowohl ihre räumliche Ausbreitung als auch ihre Verursa

chung betreffend. Globale Klimaänderungen, die Zerstörung der stratosphärischen Ozonschicht oder das Artensterben sind hinlänglich bekannte Beispiele für diese globale Dimension.

Für die Forschung erhielten somit drei Aspekte besondere Bedeutung: Mit Blick auf die Umsetzung in politisches Handeln galt es, aus der Fülle von Themen und Problemen die wichtigsten und drängendsten auszuwählen. Eine solche Prioritätensetzung war nicht zuletzt aufgrund der knapper gewordenen öffentlichen Finanzmittel erforderlich. Die insbesondere in der Folge der beiden so genannten Ölkrisen entstandenen ökonomischen Rezessionsphasen hatten auch hier ihre Spuren hinterlassen. Daneben war es entscheidend, den Fokus stärker auf die häufig sehr komplexen Verursachungsprozesse vieler Umweltprobleme zu richten, um angemessenere Maßnahmen und Instrumente zu ihrer Lösung entwickeln und einsetzen zu können. Damit entstand die Notwendigkeit, soziale und ökonomische Aspekte, insbesondere die Form, Intensität und Begleiterscheinungen der praktizierten Produktions- und Lebensstile – vornehmlich in den hochentwickelten Industriestaaten – und damit die vielfältigen Wechselwirkungen zwischen ökologischen und sozioökonomischen Systemen stärker in den Blick zu nehmen. Schließlich war es erforderlich, der globalen Dimension des Problemfelds Rechnung zu tragen, sowohl durch die entsprechende Formulierung von Forschungsthemen als auch durch grenzüberschreitende Kooperationen.

Vor diesem Hintergrund suchte das damalige Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) nach Unterstützung in diesem Orientierungsprozess. In Kenntnis des breiten interdisziplinären Wissensspektrums in AFAS und deren langjährige, in den vorherigen Beiträgen bereits beschriebene Erfahrung in der qualifizierten Bearbeitung technologie-, umwelt- und forschungspolitischer Fragestellungen sowie im Bereich der Forschungsplanung regte das Ministerium Anfang 1989 die Einrichtung einer „Leitstelle Umweltforschung“ an. AFAS sollte hierfür die wissenschaftliche und organisatorische Sekretariatsfunktion übernehmen. Die Vorstellungen hinsichtlich des Aufgabenbereichs waren dabei zunächst darauf fokussiert, das Ministerium bei der Organisation und Umsetzung des gerade verabschiedeten

Umweltforschungsprogramms der Bundesregierung 1989-1994 zu unterstützen.

2 Aufgabenstellung und Anfangsphase

In einem sich anschließenden mehrmonatigen Diskussions- und Abstimmungsprozess zwischen dem Ministerium, AFAS und dem Kernforschungszentrum Karlsruhe wurde die Aufgabenstellung der geplanten Leitstelle weiter konkretisiert. Am Ende dieses Prozesses stand ein ausführlicher, im November 1989 eingereicherter Projektvorschlag, der im März 1990 vom Ministerium bewilligt wurde und auf dessen Grundlage die dann „Informationsstelle Umweltforschung“ benannte Projektgruppe in AFAS eingerichtet wurde.

Die generelle Aufgabenstellung der Informationsstelle wurde dahin gehend festgeschrieben, neue Formen und Verfahren der Forschungsplanung sowie der Umsetzung und Verbreitung von FuE-Ergebnissen zu entwickeln und anzuwenden. Im Einzelnen war die Unterstützung des BMFT, in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Projektträgern, vor allem in den folgenden Bereichen vorgesehen:

- bei der Abwicklung und Koordinierung der im Rahmen des Umweltforschungsprogramms 1989-1994 vorgesehenen Förderaktivitäten in den verschiedenen Bereichen von Umweltforschung und -technik;
- bei der Dokumentation, Auswertung und Bewertung der Forschungsergebnisse mit Blick auf anstehende umweltpolitische Entscheidungen der Bundesregierung und bei der Umsetzung der Ergebnisse, mit dem Ziel eines verbesserten Transfers vor allem in Umweltpolitik, -recht und -technik;
- bei der Abstimmung der Förderaktivitäten mit den Aktivitäten anderer Ressorts und der Bundesländer;
- bei der Identifikation insbesondere problemorientierten künftigen Forschungsbedarfs – mit Blick auf das nachfolgende Programm 1995-2000 – und dessen planerischer und administrativer Umsetzung.

Die Umsetzung dieser Aufgaben war dabei in unterschiedlicher Form vorgesehen: durch die Erstellung von Problemanalysen zu bestimmten Themen, die Beantwortung von ad-hoc-Anfragen aus dem Ministerium, die Erarbeitung von

Stellungnahmen (z. B. zu Gesetzesvorschlägen), die Unterstützung des Ministeriums bei der Beantwortung parlamentarischer oder sonstiger Anfragen oder die Vorbereitung von Presseaktivitäten.

Ergänzend dazu sollte die Gruppe, in Abstimmung mit den Projektträgern, an der zentralen Erfassung und Dokumentation der im Zusammenhang mit dem Umweltforschungsprogramm anfallenden Informationen (Projektanträge, -bewilligungen, Ergebnisberichte usw.) mitwirken. Um in dem arbeitsteiligen Prozess zwischen den am Programm Beteiligten eine bestmögliche Informationstransparenz sicherzustellen, bestand in diesem Zusammenhang eine wichtige Aufgabe in der Organisation des Informationsaustauschs zwischen Ministerium (d. h. bestimmten Referaten), Projektträgern und wissenschaftlichen Einrichtungen. Eine zentrale Funktion kam dabei dem Gremium der „Koordinierung Umweltforschung“ zu, das eigens zur Koordinierung des Ablaufs des Umweltforschungsprogramms eingerichtet worden war. Unter der Leitung der damaligen Unterabteilungsleitung 32 setzte es sich aus Vertretern einiger Referate (z. B. Ökologische Forschung, Ökologische Meeresforschung, Umwelttechnologien) und Vertretern der diesen zuarbeitenden Projektträger zusammen. AFAS oblag hier die Vorbereitung, Organisation und Nachbereitung der regelmäßig stattfindenden Sitzungen.

Unterstützt werden sollte das Ministerium schließlich auch bei der Außendarstellung seiner Förderaktivitäten für die Fachwelt und die Öffentlichkeit. In der Anfangsphase arbeitete die Informationsstelle hierbei mit der Aachener focon-Ingenieurgesellschaft zusammen, die bereits an der Erarbeitung des Umweltforschungsprogramms beteiligt gewesen war.

Die hier skizzierte Aufgabenbeschreibung macht deutlich, dass der Informationsstelle quasi die Funktion einer „externen Stabsstelle“ des Ministeriums zukam, die mit speziellen Aufgaben betraut wurde. Einschließlich einer Sekretariatskraft bestand das Team aus sechs Personen. Finanziert wurde das Projekt zu rund zwei Dritteln aus Sonderzuwendungen des BMBF, den Rest brachte AFAS aus Eigenmitteln ein. Geleitet wurde die Gruppe von Beginn an von Reinhard Coenen. Der Förderzeitraum war zunächst auf die Zeit vom 1.1.1990 bis 31.12.1992 befristet.

Die Arbeiten der Informationsstelle waren zunächst fokussiert auf die Analyse der Struktur von Umweltforschung und Umwelttechnologieentwicklung in der Bundesrepublik hinsichtlich Inhalten und Trägerschaft. Im Mittelpunkt stand dabei der Beitrag zu einer OECD-Studie, die sich mit der Reaktion der Forschungs- und Technologiepolitik der OECD-Staaten auf die Umweltproblematik in den 80er Jahren befasste. Für Deutschland wurde hier eine vergleichsweise starke Verlagerung hin zur präventiven Forschung und zur Erforschung von Systemzusammenhängen diagnostiziert, die sich etwa in Form vermehrter Groß- und Verbundprojekte zu Umweltmedien übergreifenden Themen ausdrückte sowie insgesamt eine vergleichsweise direkte Reaktion der absoluten und relativen FuE-Ausgaben auf die entstandenen Umweltprobleme. Des Weiteren wurden im Zuge einer Analyse des Erfassungsgrads staatlich geförderter Projekte in öffentlich zugänglichen Datenbanken diesbezügliche Defizite insbesondere im Bereich der institutionellen Förderung des Bundes (für Großforschungszentren, Bundesforschungsanstalten und Blaue Liste-Institute) festgestellt. Darüber hinaus wurde eine vergleichende Untersuchung zu Umfang und Struktur der Forschungsförderung im Bereich globaler Umweltveränderungen in fünf ausgewählten Ländern durchgeführt, um daraus mögliche Empfehlungen für die bundesdeutsche Praxis ableiten zu können. Schließlich wurde neben der „reinen“ Umweltforschung der Blick auch speziell auf den Bereich der Umweltökonomie gerichtet. Bei diesem Zweig der Wirtschaftswissenschaften ging es darum, den Stand der Forschung zu beschreiben und der Frage bestehender Forschungsbedarfe nachzugehen.

Zur Behebung der festgestellten informationsbezogenen Defizite wurde in den folgenden Jahren ein detailliertes elektronisch gestütztes Datenbankinformationssystem über die mit Umweltforschung befassten, institutionell geförderten Einrichtungen in Deutschland aufgebaut. Daneben wurde mit der kontinuierlichen Erfassung der Forschungs- und Entwicklungsausgaben im Bereich globale Umweltveränderungen begonnen. Nachdem dies zunächst begrenzt auf die Bundesrepublik erfolgte, arbeitete die Informationsstelle im weiteren Verlauf mit an einem Resource Assessment der International Group of Funding Agencies for Global Change

Research (IGFA). Dessen Ziel war zum einen die weltweite Erfassung der finanziellen Aufwendungen für die Global Change-Forschung – insbesondere für die großen internationalen Programme wie World Climate Research Programme (WCRP), International Geosphere-Biosphere-Programme (IGBP) und Human Dimensions Programme (HDP) – um diese den von Experten festgestellten Bedarfen gegenüber zu stellen und so entsprechende Finanzierungslücken zu identifizieren. Zum anderen sollte damit zugleich der internationale Informationsaustausch über die Forschung zu globalen Umweltveränderungen verbessert werden. Diese Arbeiten wurden, ebenso wie die international vergleichenden Analysen zu den Global Change-Forschungsprogrammen, bis zum Ende des Bestehens der Informationsstelle 1998 kontinuierlich fortgeführt.

Vor dem Hintergrund der zu jener Zeit international wie auch in Deutschland mit wachsender Intensität geführten Debatte über mögliche Klimaänderungen, ihre Ursachen und ihre möglichen Folgewirkungen für ökologische und sozioökonomische Systeme sowie als Reaktion auf die daraus entstandenen Anforderungen an das BMBF wurde der Blick ab 1992 in besonderem Maße auf die Klimathematik gerichtet. In einer ersten Phase wurde an der Bestandsaufnahme klimarelevanter Daten in der Bundesrepublik gearbeitet. Primäres Ziel war es, der Klimaforschung in Deutschland eine Art Informationskatalog über national verfügbare Datensätze (aus bodengebundener Beobachtung und aus Fernerkundung) und deren wesentliche Charakteristika zur Verfügung zu stellen und Interessierte bei der Beschaffung der Daten zu unterstützen. Damit sollte auch eine bessere Abstimmung der Forschungsförderung und der Forschungsprojekte untereinander ermöglicht werden. Zielgruppe waren im Wesentlichen wissenschaftliche Nutzer, daneben stand der Informationspool aber auch Wirtschaft und Behörden offen. Diese erste Phase der Bearbeitung des Klimathemas wurde 1993 mit der Veröffentlichung eines „Katalogs zu klimarelevanten Beobachtungen in Deutschland“ abgeschlossen.

3 Erweiterung des Themenspektrums

In der Folgezeit blieb die Klimathematik ein Arbeitsschwerpunkt. Die Kernaufgabe bestand

jetzt in der Unterstützung des BMBF bei der Umsetzung der 1992 in Rio verabschiedeten Klimarahmenkonvention, dem zentralen internationalen Regime zur Klimaproblematik, in Deutschland. Damit kam in Ergänzung zu den bis dahin eher deskriptiven Arbeiten zunehmend auch die Bearbeitung mehr konzeptioneller Fragestellungen und somit eine stärker (forschungs)politische und handlungsstrategische Komponente hinzu, wobei auf den deskriptiven Arbeiten aufgebaut werden konnte. Zunächst stand die Mitarbeit an der Erstellung der BMBF-relevanten Teile des ersten Klimaschutz-Nationalberichts der Bundesregierung 1995 gemäß der Vereinbarung der Klimarahmenkonvention im Vordergrund. Dies umfasste die Darstellung der Aktivitäten im Bereich der klimarelevanten Forschungsförderung und der Klimabeobachtung, aber auch die Kommentierung anderer, von anderen Ressorts erstellter Teile des Berichts. Darüber hinaus wurden in Vorbereitung der ersten von bislang neun klimabezogenen Nachfolgekonferenzen zur Rio-Konferenz, den so genannten „Conferences of parties“ (COP), die 1995 in Berlin stattfand, verschiedene nationale Papiere kommentiert und bearbeitet. Diese Konferenz stellt insoweit einen gewissen Markstein in der deutschen Klimapolitik dar, als dort die bis heute gültige (wenn auch nicht einhaltbare) Selbstverpflichtung der Bundesregierung verkündet worden war, das CO₂-Emissionsniveau von 1990 bis zum Jahr 2005 um 25 % zu reduzieren. In der Folgezeit übernahm AFAS bei einigen Konferenzen und Verhandlungen bestimmter Organe der Klimarahmenkonvention oder auch bei Plenarsitzungen des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) die Vertretung des BMBF.

In den Jahren 1996-1998 konzentrierten sich die Arbeiten zur wissenschaftlichen Begleitung und Beobachtung der internationalen Klimaverhandlungen auf den Vorbereitungsprozess zu dem 1997 verabschiedeten Kyoto-Protokoll, auf die Frage nach dessen angemessener Umsetzung sowie des hierfür erforderlichen Forschungsbedarfs. Von Beginn an spielten in diesem Prozess die Frage nach den notwendigen globalen Emissionsreduktionszielen und deren möglicher zeitlicher Staffelung („targets and timetables“), die Frage des angemessenen globalen „burden sharing“ hinsichtlich der nationalen Emissionsreduktionen, die hierfür zu

Grunde zu legenden Kriterien sowie die Frage nach geeigneten Maßnahmen und Instrumenten zur Realisierung der Reduktionen eine entscheidende Rolle. Die nach den verfügbaren Erkenntnissen prognostizierbare Intensität und regionale Verteilung möglicher Klimaänderungen und deren ökologische, ökonomische und soziale Folgewirkungen sowie die Verfügbarkeit gesellschaftlicher – vor allem ökonomischer – Ressourcen in den einzelnen Ländern, darauf zu reagieren, stellten (und stellen) entscheidende Kriterien dar, nach denen die gegenwärtig gültige Verteilung der Reduktionslasten zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern und innerhalb der EU-Staaten vorgenommen wurde. Die Aufgabe der Informationsstelle bestand hierbei in der Aufarbeitung des Stands der Debatte (beispielsweise der Veröffentlichungen des IPCC) wie auch in der Formulierung eigener Vorschläge im Prozess der Beratung des BMBF.

Im Rahmen eines die Arbeit der Informationsstelle Ende 1998 offiziell beendenden Abschlussberichts wurde eine abschließende Einschätzung zum Kyoto-Verhandlungsprozess, zu den gesetzten Zielen, dem bis dato Erreichten sowie zu den sich daraus ergebenden Perspektiven vorgelegt. Vor dem Hintergrund der existierenden Prognosen internationaler Organisationen zur künftigen globalen Entwicklung von Energieverbrauch und CO₂-Emissionen wurde vor allem auf zwei Aspekte hingewiesen: Zum einen werden selbst zur Erreichung der vielfach als zu wenig ambitioniert kritisierten Ziele des Kyoto-Protokolls etwa in Deutschland erhebliche politische und technologische Anstrengungen erforderlich sein. Zum anderen werden darüber hinaus erhebliche zusätzliche Emissionsreduktionen vor allem bei den größten Emittenten (USA, Japan, Deutschland usw.) notwendig sein, um die in der Klimarahmenkonvention angestrebte Stabilisierung der atmosphärischen CO₂-Konzentration zu erreichen. Dies wird ab einem bestimmten Zeitpunkt auch Emissionsbeschränkungen in Entwicklungsländern bedeuten müssen, die bislang – aus guten Gründen – von derartigen Verpflichtungen ausgenommen sind. Schließlich wurde zu den Themen Global Change und Klimaverhandlungen eine eigene WWW-Seite eingerichtet, die bis heute weitergeführt und aktualisiert wird (<http://www.itas.fzk.de/deu/InfUm/infumd.htm>).

Neben der skizzierten Entwicklung der Bearbeitungsschwerpunkte der Klimathematik ist die Erweiterung des Themenspektrums der Informationsstelle vor allem ablesbar an den bereits nach der Startphase der ersten eineinhalb Jahre ihres Bestehens begonnenen Arbeiten zum Leitbild der nachhaltigen Entwicklung. Der ursprüngliche Anlass hierfür war die Beteiligung in einer Arbeitsgruppe des BMBF, die mit der Vorbereitung einer Forschungsrahmenkonzeption zu Globalen Umweltveränderungen befasst war. Zu dieser Zeit erlebte die internationale entwicklungspolitische Debatte eine deutliche Intensivierung und über das Vehikel des Begriffs der nachhaltigen Entwicklung („sustainable development“) auch Perspektivenverschiebungen, ausgelöst vor allem durch den Bericht der Brundtland-Kommission der Vereinten Nationen von 1987, die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio und die dort verabschiedeten zentralen Dokumente der Agenda 21 und der Rio-Deklaration. Vor diesem Hintergrund bestand die Aufgabe der Informationsstelle, neben der Mitarbeit am Grundgerüst der Rahmenkonzeption, vor allem in der inhaltlichen Strukturierung und der Forschungsbedarfsanalyse bezüglich der Themenfelder „Wechselwirkungen Mensch-Gesellschaft-Umwelt“ und „Sustainable Development“.

Es ging zunächst darum, wesentliche Charakteristika und Facetten des Leitbilds, zentrale Problemfelder gesellschaftlicher Entwicklung, (politische) Handlungserfordernisse und, darauf aufbauend, auch Prioritäten für Forschung und Entwicklung zu benennen. Auf der Basis einer umfangreichen Auswertung und Aufarbeitung der eigentlichen, seit Anfang der 1980er Jahre geführten Nachhaltigkeitsdebatte, aber auch anderer, spezifischer themenbezogener Debatten wurden verschiedene aus Sicht der Bearbeiter grundlegende Elemente einer nachhaltigen gesellschaftlichen Entwicklung herausgestellt.¹

Im weiteren Verlauf wurde dann das Schwergewicht der Arbeiten verstärkt auf die Frage eines geeigneten wissenschaftlich-analytischen Konzepts zur Operationalisierung des Nachhaltigkeitsleitbilds und dessen politischer Umsetzung gelegt. Hierzu wurden zunächst vergleichende Analysen vorliegender nationaler Umwelt- oder Nachhaltigkeitspläne bzw. -strategien durchgeführt. Im Vordergrund stand hier

die Frage nach dem zu Grunde gelegten Nachhaltigkeitsverständnis bzw. -konzept und die Frage, inwieweit konkrete Ziele festgelegt und begründet und welche Maßnahmen zur Zielerreichung angeführt wurden. 1995 bot sich dann die Gelegenheit, noch intensiver in die zumindest bundesdeutsche Operationalisierungsdebatte einzusteigen. Den Anlass hierfür lieferte ein Auftrag des BMBF an die Informationsstelle, eine Stellungnahme der Helmholtz-Gemeinschaft deutscher Forschungszentren (HGF) und verschiedener Projektträger des Ministeriums zur im selben Jahr erschienenen Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ des Wuppertal-Instituts zu koordinieren und daran mitzuwirken. Neben einer deutlichen Wertschätzung der Studie vor allem aufgrund ihrer wichtigen Vorreiterfunktion für die Diskussion in Deutschland (etwa was die Notwendigkeit der Festlegung weit reichender Handlungsziele oder die Betonung der Bedeutung sozialer Innovationen anbelangt) wurden einige wesentliche Kritikpunkte festgestellt: insbesondere die mangelnde Offenlegung und Begründung der zentralen Ausgangsprämissen, die weitgehende Fokussierung auf ökologische Aspekte und Probleme sowie die Betonung der Suffizienzkomponente bei gleichzeitig zu unreflektierter und zu undifferenzierter Technikkritik.

Weitergehende Analysen zu Prinzipien und Defiziten von in anderen Ländern vorgelegten Nachhaltigkeitsstrategien bildeten 1996 den Abschluss der Arbeiten zur Nachhaltigkeitsthematik im Rahmen der Informationsstelle. Unmittelbar anschließend wurde dann in ITAS – auf der Basis der im Rahmen der Stellungnahme zusammengetragenen Grundüberlegungen und der Ergebnisse der international vergleichenden Betrachtungen – mit den Arbeiten zur Konzipierung eines Antrags beim BMBF für ein mit anderen HGF-Instituten durchzuführendes Nachhaltigkeitsverbundprojekt begonnen. Dies mündete letztlich in die beiden zwischen 1998 und 2003 bearbeiteten Projekte „Untersuchung zu einem integrativen Konzept nachhaltiger Entwicklung: Bestandsaufnahme, Problemanalyse, Weiterentwicklung“ und „Global zukunftsfähige Entwicklung – Perspektiven für Deutschland“. Darin wurde zunächst das integrative Nachhaltigkeitskonzept erarbeitet und anschließend im Rahmen einer auf Deutschland bezogenen umfassenderen Analyse angewendet. Beide Pro-

jekte und deren Ergebnisse sind im Rahmen dieser Zeitschrift an verschiedener Stelle vorgestellt und beschrieben worden.

4 Schlussbemerkung

Versucht man nun, abschließend eine Gesamteinschätzung zur Arbeit der Umweltinformationsstelle zu geben, so kann diese aus Sicht des Autors (der naheliegenderweise nicht vollständig unvoreingenommen ist) alles in allem als erfolgreiches Projekt gewertet werden. Diese Einschätzung speist sich zunächst aus der Tatsache der zweimaligen Verlagsverlängerung durch das BMBF auf eine letztlich Gesamtlaufzeit von neun statt der ursprünglich vorgesehenen drei Jahre. Die deutlich darüber hinaus reichende – und natürlich unausweichliche – Frage „was hat das denn alles gebracht“, muss sicher differenziert beantwortet werden. Zunächst einmal stellen die zahlreichen Arbeitsberichte und einige Buchveröffentlichungen, die in diesen neun Jahren entstanden sind, sozusagen die „physischen Arbeitsprodukte“ dar. Soweit sich dies überhaupt nachprüfen ließ, haben diese Berichte bei den verschiedenen Adressaten in unterschiedlicher Weise Interesse oder Diskussionsbedarf geweckt oder gar Aktivitäten ausgelöst. In Erinnerung sind dem Autor beispielsweise noch einige Begegnungen mit und Reaktionen von zum Teil bekannten Persönlichkeiten aus der wissenschaftlichen Community, in denen der (positiv gemeinten) Verwunderung und der Anerkennung Ausdruck verliehen wurde, dass erstens ein Thema wie nachhaltige Entwicklung und zweitens in einer sich (damals noch) Kernforschungszentrum nennenden Einrichtung bearbeitet wurde.

Abgesehen von solchen eher anekdotenhaften, aber dennoch aufschlussreichen Erfahrungen können natürlich auch eine Reihe „härterer“ Faktoren angeführt werden, die durchaus als „Erfolge“ zu interpretieren sind: Beispielsweise haben einige der erarbeiteten Ideen und Vorschläge Eingang in (forschungs)politisch relevante Dokumente wie etwa die Forschungsrahmenkonzeption des BMBF zu Globalen Umweltveränderungen von 1996 oder das Programm „Forschung für die Umwelt“ von 1997 gefunden. Ähnliches gilt für den Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Schutz des Menschen und der Umwelt“

von 1994. Grundlage hierfür war die Gelegenheit, anlässlich einer Anhörung durch die Kommission Ende 1993 zum Thema „Leitbilder einer künftigen nationalen und internationalen Stoffpolitik“ eigene Grundpositionen hinsichtlich notwendiger Paradigmenwechsel in der Forschungs- und Technologiepolitik zu präsentieren. Insgesamt gesehen hätte man sich vielleicht in machen Fällen noch etwas mehr Resonanz solcher Art gewünscht. Derartige Erfahrungen sind aber im „Geschäft“ der Politikberatung wohl eher als normal zu betrachten.

Nicht unterschätzen sollte man dabei die Möglichkeit, dass Effekte auch erst nach einiger Zeit eintreten können, gewissermaßen als Spätfolgen oder Langzeitwirkungen. Einen solchen Fall stellen sicher auch die Arbeiten zum Thema nachhaltige Entwicklung dar. Mit ihnen war ein Teil eines Fundaments geschaffen worden, ohne den die beiden oben genannten Projekte wohl nicht (so rasch) entstanden und in dieser Form bearbeitet worden wären. Die bereits bislang identifizierbaren Wirkungen wiederum dieser Projekte auf Wissenschaft und Politik sind vielfältig und bieten zum Teil Ansatzpunkte für weitergehende Aktivitäten (eine Facette davon ist nachzulesen im Schwerpunkt der letzten Nummer dieser Zeitschrift zum Thema „Das integrative Nachhaltigkeitskonzept der HGF im Spiegel der Praxis“).

Mit ausschlaggebend für die institutsinterne wie auch -externe Wahrnehmung der Informationsstelle war schließlich sicherlich auch die Tatsache, dass mit dem Klimawandel und der nachhaltigen Entwicklung zwei bis heute politisch wie wissenschaftlich hoch aktuelle, vielfältige und zugleich kontrovers diskutierte Themen im Mittelpunkt standen. Nicht unerwähnt bleiben sollte dabei auch die Tatsache, dass der Projektgruppe die Bedingungen und Möglichkeiten bereitgestellt wurden, diese Themen in der skizzierten Weise zu bearbeiten.

Ein Bericht über die Informationsstelle Umweltforschung kann natürlich nicht enden, ohne eindrucklich auf die entscheidende Rolle von Reinhard Coenen für die Konstituierung und Entwicklung dieses Neun-Jahre-Projekts hinzuweisen. Diese Rolle begründete sich u. a. auch darin, dass er in irgendeiner Form, teils intensiver, teils weniger intensiv, an der Bearbeitung praktisch aller hier skizzierten Themenfelder beteiligt war. Dies geschah in Form von

wissenschaftlicher Detailarbeit oder auch durch ebenso zahlreiche wie fruchtbare Diskussionen und Kommentare. Rückblickend betrachtet trug Herr Coenen auch damit wie auch insbesondere durch seine Präsenz in einer Vielzahl von Gremien oder Veranstaltungen auf verschiedenen Ebenen (politisch, wissenschaftlich) zu einer institutsintern bedeutsamen und nach außen dokumentierten Kontinuität und Sichtbarkeit der Informationsstelle über die Jahre hinweg bei.

* Der Autor dieses Beitrags wurde im Mai 1991 bei AFAS zur befristeten Mitarbeit in der Informationsstelle eingestellt und wurde später in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen.

Anmerkung

- 1) Nachzulesen etwa in Kopfmüller, J.: Das Leitbild einer global zukunftsfähigen Entwicklung („Sustainable Development“). Hintergründe und Perspektiven im Spannungsfeld zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft. Arbeitsbericht der Informationsstelle Umweltforschung, Nr. 10/1994. Karlsruhe 1994

Kontakt

Jürgen Kopfmüller
Forschungszentrum Karlsruhe
Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS)
Postfach 36 40, 76021 Karlsruhe
Tel.: +49 (0) 72 47 / 82 - 45 70
Fax: +49 (0) 72 47 / 82 - 48 06
E-Mail: kopfmueLLer@itas.fzk.de
Internet: <http://www.itas.fzk.de>

«